

# Die Ameise

„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes Werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerkevereins der Porzellan-, Glas- und verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.

Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mark für 1 Exempl., jedes weitere bis zu 5 Exemplaren direkt unter einer Adresse bezogen 75 Pf. = 45 Kr. Oesterr. Währung.

Expedition: NW. Sandelstr. 41 bei A. Münchow. Alle Postanstalten und Zeitungs-Expeditionen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

vom

Generalrath.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. = 12 Kr. Oesterr. Währ. -- Arbeitsmarkt 15 Pf. = 9 Kr. Oesterr. Währ.

Für Zusendung von Offerten unter Chiffre durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. = 15 Kr. Oest. Währ. als Vergütung erhoben.

Redakteur: Georg Benk, NW. Strömstr. 48.

Original-Aufsätze u. Notizen technischen u. sozialpolitischen Inhalts werden gegen Honorar entgegengenommen.

Nr. 48.

Berlin, den 2. Dezember 1887.

Vierzehnter Jahrgang.

## Die Stellung der deutschen Gewerkevereine zur Alters- und Invaliden-Versicherung.

Die vom Zentralrath der deutschen Gewerkevereine zu Montag, den 28. November d. Js. nach dem oberen Saale von Feuerstein's Restaurant, Alte Jakobstr. 75, einberufene Versammlung von berliner Mitgliedern der deutschen Gewerkevereine war dem wichtigen Verhandlungsgegenstande entsprechend äußerst zahlreich besucht; u. A. war auch Herr Reichstagsabgeordneter Schröder (Danzig) anwesend.

Der Vorsitzende des Zentralraths, Herr W. Lippe, eröffnete die Versammlung um 8 $\frac{1}{2}$  Uhr mit einigen einleitenden Worten und ertheilte sodann zu dem obigen Gegenstande Herrn Verbands-Anwalt Dr. Max Hirsch das Wort.

Redner gedenkt zunächst unter allgemeiner Theilnahme des Leidens des deutschen Kronprinzen und geht sodann auf die prinzipielle Besprechung der Grundzüge für die Alters- und Invaliden-Versicherung der Arbeiter ein. Soweit uns bei dem dürftigen Plaze, den wir in dem mehr als überfüllten Raume erhaschen konnten, Aufzeichnungen über die wesentlichsten Ausführungen des Referenten möglich waren, geben wir dieselben nachstehend wieder.

Die Prüfung der Grundzüge, führt Dr. Hirsch aus, sei zunächst Sache Derjenigen, für welche die Versicherung bestimmt ist: der Arbeiter. An dem Wohlwollen der Anreger des Projectes, insbesondere des Staatsoberhauptes, für die unteren Klassen sei nicht zu zweifeln. Dies schließt aber die sachliche Kritik der Vorlage nicht aus.

Als nächste Frage sei zu erwägen, ob der festgesetzte Zwang erforderlich und nützlich sei. In Bezug auf diesen Punkt komme man zu dem Resultat, daß das Bedürfnis der Besserung der Lage des Arbeiters in anderer Richtung ein heftigeres höheres sei, insbesondere nach Sicherung der Lage der Arbeiter während der Arbeitsfähigkeit, in Bezug auf Erziehung der Kinder u.

Im deutschen Reiche seien ca. 8 Millionen Einwohner vorhanden, die zur Steuer nicht herangezogen werden können, also ein Einkommen unter 420 M. jährlich haben. Hier Wandel zum Besseren gegen die Lage des Alters allein. Es betreibe, daß man bei Arbeitern Zwangsbeiträge auferlege, den Offizieren und Beamten aber die Wittwen- und Waisengeldbeiträge erlassen wolle. (Lebhafte Zustimmung.)

Thatsächlich komme die Versicherung nur einem Bruchtheile der Arbeiter, welcher nicht in der Lage ist, sich selbstständig zu machen, zu Gute. Dies Wagnis trete noch greller in die Erscheinung bei den weiblichen Arbeitern. 1 $\frac{1}{2}$  Millionen an Zahl -- denn diese würden zu einem großen Theile durch ihren späteren Lebensberuf als Gattinnen von der Rente ganz ausgeschlossen. Die Beiträge dieser Mitglieder seien eigentlich nur eine Prämie für die Großindustrie.

Der Zwang dürfe dann nur Platz greifen, wenn die Freiwilligkeit nicht ausreicht. Hat die Regierung denn die freiwilligen Bestrebungen auf dem Gebiete des Arbeiterversicherungsweins auch nur im Geringsten unterstützt, wie sie es z. B. bei den Innungs-Bestrebungen im reichlichsten Maße thut? Mit nichten! Dies solle man nur erst thun, erst dann könne man von einer Unzulänglichkeit auf diesem Gebiete sprechen. Unter den gegenwärtigen Umständen könne es noch Wunder nehmen, daß die freien Klassen sich erhalten, geschweige denn, daß sie sich vermehrt haben.

Die Grundzüge trügen den Stempel der Klaffenungleichung an sich, ohne dabei den Charakter des Almosenhaften, in Folge des Reichthumszuschusses, ganz zu verlieren.

Der kleine Handwerker sei auch in Zukunft ungeschützt und werde also im Falle der Noth aus allgemeinen Mitteln, d. h. auch aus den Steuern des Arbeiters, unterstützt. Alles dies lasse die Zwangsversicherung als nicht gerechtfertigt erscheinen.

Im Speziellen bemängelt Redner dann zunächst die Höhe der Rente, die noch nicht einmal die Aufwendungen für Gejangene erreichen. Desgleichen sei durchaus zu verwerfen die in der Denkschrift ausgesprochene Absicht, die Rentner auf das flache Land, d. h. von der Scholle zu treiben, auf der sie vielleicht ihr ganzes bisheriges Leben verbracht. Die Zahlung der Rente erst mit Ablauf des 70. Lebensjahres mache dieselbe in vielen Fällen illusorisch, da das Alter der Arbeiter nur verhältnismäßig selten sich bis über 70 Jahre hinaus erstrecke.

Die Vorlage bringe zweifellos die Arbeiter in ein bedeutend höheres Abhängigkeitsverhältniß als gegenwärtig; hierzu trage in erster Linie die Einrichtung betreffs der Duntungsbücher bei, die eine vollständige Kontrolle über den Arbeiter für die ganze Zeit seines Lebens darstelle; damit seien die obligatorischen Arbeitsbücher, welche insbesondere die deutschen Gewerkevereine so energisch und mit Erfolg bekämpften, wieder eingeführt. Das Duntungsbuch sei aber nicht notwendig, die entwertheten Karten auf losen Blättern thäten dasselbe.

Die aktive Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung sei höchst ungenügend; an der Errichtung nähmen dieselben gar nicht theil, die Träger der Verwaltung seien die Berufsgenossenschaften. Schwere Bedenken rufen auch die Vertrauensmänner nach. Im Uebrigen habe man nicht einmal die Knappschaftsloosen in der Verwaltung nachgehakt, die doch wenigstens zur Hälfte den Vorstand aus Arbeitgebern und Arbeitern bilden.

Die Mitglieder der freien Gattungsklassen seien sogar von der Wahl ausgeschlossen, trotzdem sie doch ihre Beiträge gerade so gut leisten, wie andere Arbeiter. Nur die Zwangsklassenmitglieder haben zu wählen.

Der ganze Entwurf verrechne durchaus eine Verleugnung der Arbeiterverhältnisse und sei daher zu verwerfen. Ausrottung



aller freien Kassen und Bestrebungen, Schablonisirung nach dem jetzigen sozialpolitischen System sei seine Prägung, hieran ändere auch die wohlwollendste Beurtheilung nichts. Hoffen wir, schließt Redner, daß die Kritik der Vorlage — diese müsse man ja auch der freien Arbeiter- richtung gestatten — wenigstens die grundsätzlich verwerflichsten Bestimmungen derselben beseitigen helfe. (Lebhaftes, lang anhaltendes Bravo.)

In der Diskussion macht zunächst Herr Günther darauf auf- merksam, daß die durch die Versicherung notwendigen Mittel doch immer zum größten Theil aus den Taschen der Arbeiter (durch Bei- träge und Steuern) gedeckt werden; der Beitrag der Arbeitgeber werde den Arbeitern bei Lohnforderungen sicherlich zum Vorwurf gemacht, während derselbe doch zweifellos dem Lohnfond entnommen werde. Hr. Günther, der einzelne Mängel des Entwurfs in humorvoller Weise beleuchtet, schließt seine Ausführungen wie der Referent mit Erklärung der Unannehmbarkeit des Entwurfs.

Hr. Redakteur Polke macht darauf aufmerksam, daß die Rente zwar bis 250 Mk. steigen könne, thätlich werde dies Maximum aber sehr selten erreicht werden. Dagegen werde es oft vorkommen, daß die Rente infolge der herrschenden Arbeitslosigkeit unter 120 Mk. bleiben werde. Redner bringt zum Beweise dessen vielfache statistische Aufzeichnungen zur Kenntniß der Versammlung und weist namentlich darauf hin, daß von den 16 000 Buchdruckern in 1880 etwa 1500 ohne Beschäftigung waren, und daß die Zahl der beschäf- tigungslosen am Anfang dieses Jahres sogar 3000 betrug. Von den 100 000 Bäckergehilfen in Deutschland seien nach den Mittheilungen auf dem Hamburger Meisterkongreß sogar 40 000 brotlos, und oft längere Zeit. Von den Berliner Tapezierergehilfen seien 300 in 7 Monaten und 600 in 5 Monaten des Jahres ohne Beschäftigung, und das Aus- land, Kopenhagen, London, Wien, zeige ganz ähnliche Verhältnisse. Die Zahl der Unbeschäftigten sei danach also eine oft ganz bedeutende und alle diese müßten eventuell mit einer geringeren Rente zu- frieden sein. Können denn der Arbeiter vor seinem oftmals ganz läng- lichen Verdienst die Beiträge doppelt voraus oder nachzahlen? Nach Poppe und Vieth betrage das Durchschnittsalter der Arbeiter über- haupt nur 50 Jahre, in Reichenberg sogar nur 37 Jahre, in Oester- reich bei 70 000 Mitgliedern des Krankentassenverbandes nur 41½ Jahre. Es werde nicht möglich sein, das Alter der Arbeiter gewaltsam bis zu 70 Jahren hinauszuziehen. In Ruß seien 90 Prozent in der Textilindustrie beschäftigte Arbeiter weibliche Personen und dies schädige die Lohn- und Erwerbsverhältnisse mehr, als alle Altersversorgung nütze.

Die Regierung möge dafür wirken, daß durch Abschaffung der Frauenarbeit zunächst der Lohn des Arbeiters steige, dann werde dieser in der Lage sein, wirksam selbst für seine Sicherung zu sorgen.

Hr. Bujarsky meint, daß wenn die vielen Geheimräthe, welche die Grundzüge ausgearbeitet, auch nur einen halbwegs aufgeklärten Arbeiter zu ihren Berathungen hinzugezogen hätten, sicherlich etwas Brauchbares herausgekommen wäre, was so nach Durchsicht des Ent- wurfs, wie die Vorredner bereits mit Recht bemerkt, durchaus nicht der Fall ist. Redner bespricht sodann gleichfalls verschiedene schwere Bedenken gegen die Regierungsvorlage, die deren Annahme für den Arbeiter unmöglich machten. Die Vorlage beweise eben den völligen Mangel des Verständnisses der Arbeiterfrage am grünen Tische; die Herren Geheimräthe hätten bei dieser Arbeit verdient, die Bezeichnung als fünftes Rad am Wagen zu erhalten.

Hr. Bey bemerkt, daß, trotzdem die kaiserliche Botschaft die Zwangs- versicherung bereits seit 8 Jahren angekündigt habe, die Arbeiter zur freiwilligen Versicherung ihrerseits doch nichts oder wenig gethan hätten. Allerdings sei dabei die Unsicherheit in Betracht zu ziehen, welche durch die Maßnahmen der Regierung gegen alle freien Institutionen geschaffen werde; unsere Invalidenkasse sei seit den 3 Jahren, wo deren Genehmigung nachgehucht werde, noch nicht staatlich genehmigt.

Das Verhältniß zwischen Alters- und Invalidenrente ist nach Ansicht des Redners auch nicht das richtige, da der Arbeiter, welcher nach 48 Jahren Beitragszahlung im 67. Jahre verunglückt, 250 Mk. Invalidenrente, der mit 70 Jahren altersversorgungsberechtigte dagegen nur 120 Mk. Altersrente erhält. Dies sei keine Gerechtigkeit gegen den Letzteren, der doch nicht weniger zum Unterhalt brauche, als der erstere.

Abg. Schrader (lebhaft begrüßt). Er sei nicht in die Versamm- lung gekommen, um zu lehren, sondern um zu lernen. Und Infor- mation habe er aus den bisherigen Verhandlungen reichlich geschöpft. Redner wirft sodann die Frage auf, inwieweit die freien Bestrebungen bezw. Kassen der Arbeiter im Rahmen dieses Gesetzes Platz finden. Die Grundzüge bestimmen bekanntlich, daß durch Beschluß des Bundes- raths festgesetzt werden könne, welche Kassen auf dem fraglichen Gebiete den Anforderungen der Grundzüge entsprechen. Diesen vom Bundes- rath anerkannten Kassen solle dann ein Drittel der Renten durch das Reich vergütet werden. Auf die freien Kassen werde dies keine An- wendung finden. Nach Ansicht des Redners werden die Gewerke-Invalidenkassen später nicht mehr zugelassen werden. Er (Redner) habe sogar die Befürchtung, daß der Bestand der freien Hilfs- kassen schon in der nächsten Session des Reichstages gefährdet werde; an einer Revision des Kr.-V.-Gesetzes sei schon jetzt eine Kom- mission beschäftigt und diese werde sicher nicht zu Gunsten der freien Kassen ausfallen.

Durch die gegenwärtige Gesetzgebung werde der Arbeiter immer mehr von dem Wege der Selbsthilfe abgedrängt, denn Niemand dürfe dafür, daß eine Bestrebung, die der Arbeiter heute in die

Hand nehme, nicht schon in Kürze durch ein neues Gesetz unmöglich gemacht werde. Indem Redner sodann weiter die seiner Erfahrung nach wahrscheinliche Stellung der meisten Reichstagsboten zu den Grund- zügen kurz berührt und dabei betont, daß man wohl im Reichstage ge- willt sein werde, für die Arbeiter etwas zu thun, nachdem für andere Klassen schon soviel geschehen, verspricht derselbe für die Verbesserung der Vorlage nach Kräften im Reichstage zu wirken.

In seinem Schlupfwort erinnert Dr. Hirsch dann noch daran, daß, als die Gewerkevereine die Invalidenversicherung in Angriff nahmen, auf keiner Seite von der Regierung daran gedacht wurde, die Frage in Angriff zu nehmen, ja sie nur der Beachtung zu würdigen. Im Uebrigen giebt Redner seiner Zufriedenheit Ausdruck über die Einmüthigkeit, die sich in der ganzen Diskussion gegenüber der Regie- rungsvorlage ergeben habe.

Schließlich gelangt folgende Resolution des Referenten einstimmig zur Annahme:

„Während wir die Alters- und Invalidenversorgung an sich als wünschenswerth für Arbeiter anerkennen, wie die deutschen Gewerke- vereine schon seit 19 Jahren durch die Gründung und Aufrechterhaltung ihrer Invalidenkassen, ausschließlich durch eigene Mittel, trotz der systematischen Angriffe von oben und unten bethätigt haben, erklären wir uns prinzipiell entschieden gegen die Zwangsversicherung gerade auf diesem Gebiete. Im Gegensatz zu der Kranken- und Unfallver- sicherung, welche einem allgemeinen Bedürfniß der Arbeiter entsprechen, besteht das Bedürfniß einer Alters- und Invalidenversorgung durch Rentenversicherung nicht für die sehr große Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen, die theils nur vorübergehend gegen Lohn beschäftigt sind, theils durch Grund- und Hausbesitz, oder Geschäftsbetrieb für Inva- lidität und Alter besser versorgt sind, als durch eine geringfügige Rente. Denjenigen Arbeitern aber, welche der Alters- und Invalidi- tätsversicherung bedürfen, bieten die auf genossenschaftlicher Selbsthilfe beruhenden Kassen, zumal wenn durch ein Normativgesetz geschützt und gefördert, eine ausreichende, den Verhältnissen angepaßte Ver- sorgung, die nicht auf Kosten ihres höchsten Gutes, persönlicher Unab- hängigkeit und Koalitionsfreiheit, erfolgt. Wir fordern daher prinzipiell ein nach der Art des Hilfskassengesetzes gestaltetes Versorgungskassen- gesetz.“

Für den Fall, daß die gesetzgebenden Faktoren trotzdem sich prinzipiell auf den Boden der veröffentlichten „Grundzüge“ stellen sollten, halten wir mindestens folgende Abänderungen für gerecht und nothwendig: 1. Die gesetzliche Zulassung von freien Alters- und In- validenkassen, mit dem Rechte, ihre Mitglieder von der Zwangsver- sicherung zu befreien. 2. Beträchtliche Erhöhung der Renten. 3. Verkürzte Wartezeit der Altersrente und deren Gewährung vor 66. Lebens- jahre. 4. Bedeutend mildere Bedingungen für die Erlangung der Rente, insbesondere Nichtberücksichtigung der arbeitslosen Zeiten und Anerkennung auch stark verminderter Erwerbsunfähigkeit, da absolute Arbeitsunfähigkeit nur selten nachweisbar ist, sowie Beseitigung aller unbegründeten Vergünstigungen. 5. Streichung des Reichszuschusses, welcher doch größtentheils von den Arbeitern und kleinen Leuten auf- gebracht werden müßte. 6. Beitragsbefreiung der Arbeiter, welche nur die Lebensnothdurft verdienen, nach festzustellenden Minimalsätzen. 7. Rückzahlung der Beiträge, soweit diese von den Arbeitern getragen sind, bei dauerndem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältniß, besonders auch für weibliche Personen — soweit nicht freiwillige Weiterverfiche- rung stattfindet. 8. Verhütung jedes Mißbrauchs der Beitragsquittungen zur Kontrolle des Arbeitsverhältnisses, insbesondere amtliche Quittirung und Verbot für die Arbeitgeber, sich frühere Quittungen vorzeigen zu lassen. 9. Gleichberechtigte Theilnahme der Arbeiter an der Organi- sation und Verwaltung der Versicherungs-Anstalten, bei voller Wahl- berechtigung auch der freien Krankenkassen und vereinfachte wohlfeilere Geschäftsführung.

Verstärkt wird unsere Mißbilligung der Zwangs-Alters- und In- validenversicherung nach Maßgabe der Grundzüge noch hauptsächlich durch folgende Mängel: 1. der ungenügende Betrag der Rente und die überaus scharfen und strengen Bedingungen der Erlangung der- selben; 2. der Reichszuschuß, welcher doch größtentheils von den Ar- beitern und den anderen kleinen Leuten aufgebracht werden müßte; 3. der gänzliche Beitragsverlust beim Ausscheiden aus dem Arbeiter- verhältniß; 4. die thätliche Einführung der obligatorischen Arbeits- bücher durch die Vorschriften über die Quittungsbücher; 5. die ungleiche und ungenügende Theilnahme der Arbeiter an der Organisation und Verwaltung der Versicherungsanstalten und der Ausschluß der freien Krankenkassen von der Wahl der Arbeitervertreter; 6. der Ausschluß der freien Alters- und Invalidenkassen von dem Rechte der Konkurrenz mit den Zwangsanstalten.“

### Sozialpolitische Nachrichten.

„Revision des Kranken-Versicherungsgesetzes. Im Reichsamt des Innern ist kürzlich eine Kommission zusammengereitet, welche über die Abänderung des Kranken-Versicherungsgesetzes beraten wird. Vom Reichsamt des Innern nehmen Theil daran: der Ministerial-Direktor Boffe, Geh. Ober-Regierungsrath Lohmann, Regierungsrath Daniels und Professor Wilhelm. Weitere Theilnehmer sind u. A. der Magistrats-Rath Dr. Wagner von hier, der hiesige Ober- meister der Schornsteinfeger-Zunft, Schornsteinfegermeister Fuster, Landrath Dr. v. Kopsch (Wittenberg), Geh. Finanzrath Volk (Schmerin), Regierungsrath Abt aus Köln, Ober-Regierungsrath Schider aus



Stuttgart, Verlagsbuchhändler Brockhaus (Leipzig), Ober-Bürgermeister Dr. v. Haack (Stuttgart), Landrath Maubach aus Johannisburg, Stadtrath Matti aus Frankfurt a. M., Gewerke-Kammer-Sekretär Nagel (Hamburg), Rath's-Messior Heindl aus München und Hospitalpfleger Fuchslocher aus Nürtingen. Im Ganzen besteht die Kommission aus 18 Mitgliedern. Für die „Freien Hilfsklassen“ wird wohl kaum etwas gutes aus diesen Berathungen herauskommen. Dieselben dürften etwa 8 Tage dauern.

\*\* Das „Rehauer Tagblatt“ bringt die folgende, sich offenbar auf die Porzellanfabrik in Weiden beziehende Notiz:

Man theilt dem „D. R.“ mit, der Besitzer einer im Sprengel des kgl. Bezirksamts Neustadt W.-N. gelegenen Fabrik habe an sein gesamtes Arbeitspersonal Büchlein vertheilen lassen und verlange nun, daß jeder Arbeiter darin verzeichne, was er täglich brauche und verzehre. „Jedes Stück Brod oder Seife, jedes Päckchen Tabak oder Zündhölzchen, jede Leberwurst, Häring oder Schwarzenmagen; kurz Alles, was der Mann kauft, vom Sibirienkaffee angefangen bis zur Stiefelwische, müsse angedeutet und vorgewiesen werden.“ „Wo zu?“ fragt der „D. R.“ Wir glauben nicht zu irren, wenn wir vermüthen, daß der kluge Auftraggeber nur einen statistischen Nachweis darüber erlangen will, wie wenig zum Lebensunterhalt nothwendig ist. Das Mittel ist probat und die gute Absicht unverkennbar.

\*\* Die Dresdener Krankenkassen suchen Simulanten dadurch zu verhüten, daß sie Mitglieder, welche über nicht kontrollirbare Schmerzen oder über die Unfähigkeit klagen, einen Arm zu gewissen Arbeiten zu gebrauchen und dgl., also nicht gerade zu Hause bleiben müssen, veranlassen, bei Gewährung eines Zuschusses zum Krankengelde, während der ganzen Schichtzeit in der Fabrik anwesend zu sein und dort auf einer Bank sitzend, den anderen Arbeitern zuzusehen. Es wird kaum Einer eine solche Unthätigkeit länger als eine Woche aushalten und bald Gelegenheit nehmen, mit zuzugreifen. (Diese Nachricht bezieht sich offenbar auf die Ortskrankenkassen in Dresden. Ob die bereyete Maßnahme berechtigt ist, dürfte doch die Frage sein. Redaktion.)

### Vermischtes.

— In Sachen der deutsch-nationalen Kunst-Gewerbe-Ausstellung zu München 1888 versendet der Ortsverein der Porzellan- und Glasmaler zu Berlin folgendes Zirkularschreiben:  
Berlin, im November 1887.

Ew. Wohlgeboren  
beehrt sich der Unterzeichnete das Folgende zur geneigten Berücksichtigung mitzutheilen:

Die am 14. November stattgehabte öffentliche Versammlung der Porzellan- und verwandter Maler, zu welcher der Kürze der Zeit wegen nur in beschränktem Maße Einladungen ergangen, beschloß im Hinblick auf die Wichtigkeit und Nothwendigkeit einer Anregung zu besondern und schönen Leistungen, sowie auf den möglichen Vortheil, der aus einer Ausstellung für die Betheiligten entstehen kann, wie z. B. neue Geschäftsverbindungen, oder eine Anerkennung für hervorragende Leistungen, eine Kollektiv-Ausstellung für Porzellan- und andere eingetragene Malereien, sowie für Malerei auf Galanteriegegenstände zu veranstalten, und damit die „deutsch-nationale Kunst-Gewerbe-Ausstellung in München“ zu beschicken.

Die Kollektiv-Ausstellung hat den Zweck, jeden Einzelnen nach Maßgabe seiner Verhältnisse zur Geltung kommen zu lassen und so zu ermöglichen, ein getreues Bild der Leistungsfähigkeit der Berliner Kollegen zu erhalten. Sie soll ferner Gelegenheit und Anregung zu besondern, schönen Leistungen geben. Die Kosten, welche für den Einzelnen fast unerschwinglich sein würden, werden sich durch ein einheitliches, geschlossenes Vorgehen bedeutend ermäßigen. Die große Mühe und Zeitverschwendung fällt für den Einzelnen fast weg, indem ein zu wählendes Komitee die nöthigen Veranstaltungen besorgt. Deshalb darf angenommen werden, daß die Malermeister, sowie die anderen Kollegen diese Gelegenheit ergreifen, und durch ihre Betheiligung dazu beitragen werden, daß eine würdige Repräsentation der Berliner Maler erfolgt.

Nachdem eine vorläufige Liste zur Anmeldung zirkulirt hatte, einigte sich die Versammlung über folgende Punkte:

1. Die Kollegen Berlins durch Zirkular um ihre Betheiligung zu ersuchen; der Termin zur Anmeldung ist 14 Tage nach der Versendung der Zirkulare längstens, d. h. am 12. Dezember.
2. Die zur Ausstellung gelangenden Gegenstände sollen den Kollegen zur Besichtigung zugänglich gemacht werden, wofür möglichst ein kleines Entrée erhoben wird.
3. Es wurde die Hoffnung gehegt, daß durch die Bewilligung einer Summe seitens des Gewerkevereins, sowie durch private Zuwendungen, eventuell auch durch das Entrée für Besichtigung der hier gesammelten Gegenstände eine Erleichterung für die Betheiligten sich ermöglichen lassen wird.
4. Soweit angänglich, soll auch einzelnen auswärtigen Kollegen die Betheiligung als Mitarbeiter (nicht als Aussteller) gestattet sein, natürlich unter der entsprechenden Kostendeckung.
5. Bei der Anmeldung von Gegenständen muß die Größe derselben resp. der dafür nöthige Raum bezeichnet werden.

Auf folgendes sei noch hingewiesen:  
Das Programm des Ausstellungs-Komitees bestimmt, daß für jede als „Aussteller“ bezeichnete Firma oder Person 25 Mk. zu zahlen sind, wofür derselben bis zu einem Quadratmeter Bodenfläche zugewiesen wird. Dagegen wird für jeden „Aussteller“ eine Galon-Prellkarte verabfolgt. Die Zeichnung von „Mitarbeiter“ ist erwünscht. Hieraus geht hervor, daß solche „Aussteller“, welche als Firma ausstellen wollen, entsprechend höher belastet werden müssen.

Die Kosten sind zur Hälfte bei der Anweisung des Raumes, also kurze Zeit nach der Anmeldung, und zur anderen Hälfte bei der Entlieferung zu

leisten. Die Einwendung der Gegenstände nach München muß vom 1. bis 15. April 1888 geschehen.

Ew. Wohlgeboren werden gebeten, dies nützliche Unternehmen durch baldige Anmeldung von geeigneten Gegenständen zu fördern, und nicht der Unterzeichnete einer Beantwortung gern entgegen.

J. A. Graf Schumann, Autograph. 1/2.

— Der Volksdichter Karl Weise feierte am 13. v. M. zu Freienwalde im stillen Familienkreise und unter Bethheiligung einiger Freunde seinen 74. Geburtstag. Der noch recht rüstige Greis war durch Glückwünsche zum Theil aus weiter Ferne, entfernt worden. Ein Verein aus Nürnberg hatte z. B. einen kostbaren Reichthum mit silberner Platte und Widmungsinchrift übersandt.

### Vereins-Nachrichten.

§ Charlottenburg. Ortsversammlung vom 5. November 1887. Dieselbe wurde vom Vorsitzenden Abends um 9 Uhr in Anwesenheit von 16 Mitgliedern eröffnet. 1. Kassenbericht pro 2. Quartal 1887. Der Ortsverein war Einnahme mit Vortrag 162,03 Mk., Ausgabe 64,54 Mk., Bestand 97,49 Mk. Bildungsfond: Einnahme 67,54 Mk., Ausgabe keine, Zuschußkrankenkasse: Einnahme 10,39 Mk., Ausgabe 4,30, Bestand 7,09 Mk. 2. Aufgenommen wurde Max Regenbarth. 3. Ueber das Ausscheiden der Mitglieder sprach sich Hr. Kasse sehr eingehend aus, Menschliche, Gemeinnützigkeit und Streben für Wahrheit und Recht seien die Grundlagen, worauf die Gewerkevereine aufgebaut sind; Jeder sollte danach streben und handeln. 4. Voigt legte den Nutzen des Gewerkevereinsbeitrages dar, und verwies auf die Generalraths-Protokolle, in denen jeder Beitrag über den Zweck und Nutzen unserer Vereinigung Aufklärung finde. Sodann theilte der Kassirer, Hr. Sägel, noch mit, daß drei Mitglieder, Glasmacher, in Folge plötzlichen Unglücksfalles des Glasofens arbeitslos geworden seien und Antrag auf Unterstützung stellen. Derselbe sei aber vom Generalrath abgewiesen auf Grund von § 6 des Unterstützungsstatuts, und weil 1/2 Tag an 3 Wochen gefehlt. Dem gegenüber sprach sich Hr. Kasse sehr schützend aus. Die Mitglieder zahlten doch, um im Falle der Noth gesichert zu sein. Hr. Voigt ist derselben Ansicht und kritisiert ebenfalls den § 6. Zur nächsten Generalversammlung soll der Antrag gestellt werden: bei jedem bloß die erste Woche nicht zu bezahlen und die übrigen Tage ohne Weiteres. — Hierauf Mitgliederversammlung der Krankenkasse. Der Kassenbericht pro 3. Quartal ergab Einnahme 337,43 Mk., Ausgabe 249,35 Mk., Bestand 88,10 Mk. Sämmtliche Kassen waren revidirt und richtig befunden, und wurde auf Antrag des Revisors Decharge ertheilt. Im Dreierbericht waren am Schlusse des Quartals 50, in der Krankenkasse 49 Mitglieder. Aufgenommen wurde Max Regenbarth. Schluß 11 Uhr. Ab. Kasse, Schriftführer.

§ Waldjassen, den 5. November 1887. Die heutige Ortsversammlung wurde vom Vorsitzenden Hr. Heinr. Dinkel in Anwesenheit von 7 Mitgliedern und mehreren Gästen um 1/2 Uhr eröffnet. Der Kassenbericht pro 3. Quartal mußte wegen Abwesenheit des Kassirers vertagt werden; der Revisor Hr. Ed. Kerstner berichtet, bei der vorgenannten Revision alles in bester Ordnung vorgefunden zu haben. — Von der Neuwahl eines Schriftführers wurde abgesehen, indem nächsten Monat die Ausschwahl stattfindet und bis dahin, bei etwaigen vorkommenden schriftlichen Arbeiten, ein provisorischer Schriftführer ernannt wird. — Angemeldet zum Ortsverein und zur Kranken- und Begräbniskasse haben sich Jakob Richter, Johann Rothe, beide Dreher, zum Ortsverein Hermann Berger, Dreher, Abgemeldet auf Reisen haben sich Bruno Krebs, August Hüblich, beide Dreher, Mitglieder des Ortsvereins und Kranken- und Begräbniskasse; zum Militär eingezogen wurde Gustav Weiß, Dreher, Mitglied des Ortsvereins. — Zu Anträgen und Beschwerden machte der Vorsitzende auf den in der „Ameise“ Nr. 42 veröffentlichten Artikel „Gud' in's Stotul“ aufmerksam, und legte den Mitgliedern ans Herz, die Statuten aufmerksam durchzulesen und danach zu handeln, damit Jedem sein ihm zustehendes Recht auf Unterstützung gewahrt bleibt, worauf Hr. Krümer die Beschwerde einbrachte, daß er bereits seit 28. Mai d. J. Mitglied und noch nicht im Besitze eines Statuts sei und deshalb auch keine durchlesen könne. Da sich noch einige Mitglieder beschwerten, sie hätten keine Statutenbücher, soll der Kassirer ersucht werden, dieselben baldmöglichst an die Mitglieder auszubändigen. Mit dem Wunsche, daß sich die Mitglieder zahlreicher an der Versammlung betheiligen möchten, schloß der Vorsitzende die Versammlung Abends 10 Uhr.

Ad. Herold, Schriftführer.

§ Föhr-Grenzhausen. Ortsversammlung vom 22. Oktober 1887. Der Vorsitzende Herr Gruber eröffnete die Versammlung um 9 Uhr Abends bei Anwesenheit von 9 Mitgliedern. Kassenbericht vom 3. Quartal 1887. a) Ortsvereinskasse: Einnahmen 72,42 Mk., Ausgaben 20,19 Mk., Bestand 52,23 Mk. b) Kranken- und Begräbniskasse: Einnahmen 89,50 Mk., Ausgaben 82,03 Mk., Bestand 7,47 Mk. c) Medicinalkasse: Einnahmen 29,87 Mk., Ausgaben 11,55 Mk., Bestand 18,32 Mk. Der Kassirer erklärte, Kasse und Bücher in Ordnung befunden zu haben, worauf der Kassirer entlastet wurde. Ausgeschlossen wurde wegen Resten der Beiträge (über sechs Wochen) L. Demler in Föhr. Anträge und Beschwerden wurden nicht eingebracht. Schluß der Versammlung 1/11 Uhr Abends.

Joh. Schmidt, Schriftführer.

§ Stanowik. Ortsversammlung vom 29. Oktober 1887. Anwesend sind 10 Mitglieder und 6 Gäste. Angemeldet haben sich die Herren Bandt, Grundler, Lindig, Maler, Schmidt, Maßig, Selbig, Dreher. Selbig übersiedelt nach Königszeit, Kabs von Altwasser nach hier. Sodann Kassenbericht pro 3. Quartal. Derselbe wurde vom Kassirer ertheilt und die Ordnung der Bücher und Kassen durch die Revisoren bestätigt und der Kassirer entlastet.

B. Kubitz, Schriftführer.

§ Bonn-Poppelshorj. Ortsversammlung vom 5. November 1887. Dieselbe wurde vom Vorsitzenden Herrn Hausmann Abends 9 Uhr in Anwesenheit von 18 Mitgliedern eröffnet. — Unter „Anträge und Beschwerden“ bitten einige Mitglieder um Aufklärung über die von ihnen gezahlten Beiträge zum Vorstandshaus; der Vorsitzende erklärte sich bereit, sich hierüber im unseren früheren Kassirer Herrn Roscher zu wenden, um darüber Aufschluß geben zu können, ebenso über unsere Krankenkasse, bezüglich deren auch noch einige Hebelstände vorliegen. — Dann verlas Herr Gutweiler den Artikel aus dem „Gewerkeverein“: „Ein wunder Punkt“, welcher allgemein Reiz zu sein. Zum Schluß erschien noch Herr Fritz, Vorsitzender und Herr Kubitz, Sekretär des Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter aus Bonn.



Rechnungs-Abchluss der Organkasse pro III. Quartal 1887.

Einnahme.		Mf.	Pf.	Ausgabe.		Mf.	Pf.
An Vortrag		142	43	Per Gehalt des Redakteurs		93	—
Monnements à 25 Pf.		560	75	Zeitungsabonnent		7	10
Privatabonnements		28	28	Druck des Organs		674	70
Annoncen		8	—	Expeditionsporto		177	31
Aus der Generalrathskasse erhalten		336	75	Korrespondenzporto		—	20
Zinsen pro I. Semester 1887		26	—	Autorenhonorar		6	—
		1102	21	Packmaterial		1	50
				Außerordentliche Ausgaben		2	—
Gesamtvermögen.				Saldo			
1300 Mf. 4% Berl. Pfandbrf.		1300	—			961	81
Barbestand		140	40			140	40
		Summa Mark	1440			1102	21

Revidirt und für richtig befunden. Berlin, den 7. November 1887.  
 Wb. Schmidt. S. Koch. S. Voigt. E. Hube.

Berlin, den 1. Oktober 1887.

H. Münchow, Hauptkassirer.

Herr Lehrer Kuhbach versprach einige Vorträge im Laufe dieses Jahres in unserem Ortsverein zu halten. Damit folgte Schluss der Versammlung.  
 Peter Schwalbach, Schriftführer.

§ Zell a. S. Ortsversammlung vom 5. November 1887. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden Fridolin Harter 1/29 Uhr eröffnet. Anwesend waren 19 Mitglieder. Kassirer Spörrl theilt den Anwesenden den Kassenbericht für das 3. Quartal mit. a) Ortsvereinskasse. Einnahme in Summa 126,47 Mf., Ausgabe 92,21 Mf., Bestand 34,26 Mf. b) Kranken- und Begräbniskasse. Einnahme in Summa 265,10 Mf., Ausgabe 123,80 Mf., Bestand 141,30 Mf. c) Zuschuss-Kranken- und Begräbniskasse. Einnahme 86,44 Mf., Ausgabe 22,83 Mf., Bestand 63,61 Mf. Nachdem der Kassenbericht erledigt war, ersucht der Vorsitzende die Mitglieder, das Vereins-Organ immer aufmerksam zu lesen, indem oftmals wichtige Dinge in demselben veröffentlicht würden; besonders erinnert Herr Harter an „Ameise“ Nr. 37 und 42. Dann kam das Lehrlingswesen in der Porzellan- und Steingut-Industrie zur Sprache. Es wird gewünscht, den zugesandten Fragebogen so gut wie möglich auszufüllen. Nach Erledigung dieses ersucht der Vorsitzende die Mitglieder, in nächstfolgender Versammlung zahlreich zu erscheinen, indem die Ausschuswahl für 1888 vorgenommen wird. Schluss der Versammlung 1/211 Uhr. Wilhelm Dbert, Schriftführer.

Sorgan: Hauelsen; Rudolstadt-Volkstedt: A. Dorstewitz, S. Hertam, M. Günther, S. Kämmer, B. Korn, F. Schmidt, S. Seeltger, S. Otto, S. Kirchner.

Der Generalrath und Vorstand.  
 Gust. Lenz I, Vorsitzender. H. Münchow, Hauptkassirer. Georg Lenz, Hauptchriftführer.

Versammlungskalender.

(NB. Mitglieder, welche mit den Beiträgen länger als 6 Wochen im Rückstande sind, ohne von der örtl. Verwaltung Stundung erhalten zu haben, werden gestrichen.)

\* Charlottenburg. Ortsversammlung am Sonnabend, den 3. Dezember, bei Hünke, Rosinenstr. 3. 1. Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern, 2. Neuwahl sämtlicher Vorstands- und Ausschussmitglieder, 3. Verschiedenes. Hierauf Mitgliederversammlung der Krankenkasse. Dieselbe Tagesordnung. Wb. Karge, Schriftführer.

\* Jlimenan. Ortsvereinsversammlung am Sonnabend, den 3. Dezember, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal. 1. Vorstandswahl, 2. Geschäftliches. S. Fischer, Schriftführer.

\* Neuhaldenleben. Ortsversammlung am Sonnabend, den 3. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Gute Quelle“. 1. Kassenbericht, 2. Aufnahme von Mitgliedern, 3. Vorstandswahl, 4. Beschlußfassung über das Weihnachtsergnügen, 5. Anträge und Beschwerden. — Madam Versammlung der Krankenkasse mit Punkt 1, 2, 3 und 5 der vorstehenden Tagesordnung. H. Meier, Schriftführer.

\* Petersdorf. Ortsversammlung am Sonnabend, den 3. Dezember, im Vereinslokal. 1. Neuwahl sämtlicher Vorstände, 2. Besprechung wegen des Christbaumfestes. Julius Engelmann, stellv. Schriftführer.

\* Roslau a. S. Ortsversammlung am Sonnabend, den 3. Dezember, Abends 8 Uhr. Besprechung wegen der Medizinikasse und Beitritt zu derselben in Dessau, Vorstandswahl etc. L. Lehmann, Schriftführer.

\* Sorgan. Ortsversammlung am Sonnabend, den 3. Dezember, Abends 7 Uhr. 1. Geschäftliches, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Anträge und Beschwerden. Carl Landwehr, Schriftführer.

\* Langewiesen. Ortsversammlung am Sonntag, den 4. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal. 1. Vorstandswahl für das Jahr 1888, 2. Anträge und Beschwerden. H. Pfau, Schriftführer.

\* Rehau. Ortsversammlung am Sonntag, den 4. Dezember, Nachmittags 1 Uhr. 1. Aufnahmen, 2. Wahl der Vorstände, 3. Verschiedenes. Alfred Vielgut, Schriftführer.

\* Tiefenfurt. Ortsversammlung am Sonntag, den 4. Dezember, Nachmittags 3 Uhr. 1. Wahl des Vorstandes, 2. Besprechung über Verwendung der dem Verein gehörigen Gelber, 3. Anträge und Beschwerden, 4. Verschiedenes. August Schaewig, Schriftführer.

\* Breslau. Ortsversammlung am Montag, den 5. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Funk, Mathiasstr. 27. 1. Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Wahl des Ortsverbandsvertreters, 4. Anträge und Beschwerden, 5. Aufnahme etc. S. Hartmann, Schriftführer.

\* Weifen. Ortsversammlung am Montag, den 5. Dezember, Abends 8 Uhr. 1. Geschäftliches, 2. Neuwahl der Vorstandsmitglieder, 3. Anträge und Beschwerden. Aug. Pause, Schriftführer.

\* Oberhausen. Ortsversammlung am Montag, den 5. Dezember, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal bei „In der Bed“. 1. Vortrag über die Zwecke des Gewerbevereins, 2. Vorstandswahl, 3. Kassenbericht pro 3. Quartal, 4. Aufnahme und Ausschluß, 5. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind alle Berufsgenossen hierdurch eingeladen, und ersuchen wir um recht zahlreiche und pünktliche Theilnahme.

Strangfeld, Kassirer. Fr. Junghans, Vorsitzender.

\* Dresden-Neustadt. Ortsversammlung am Sonnabend, den 10. Dezember, Abends 1/9 Uhr, in Guhn's Restaurant Neudorf, Moritzburgerstr. Oswald Schmidt, Schriftführer.

\* Sophienau. Ortsversammlung am Sonnabend, den 10. Dezember, Abends 7 Uhr, im Vereinslokal. 1. Neuwahl des Vorstandes, 2. Besprechung über Weihnachtbescheerung. E. Schirner, Schriftführer.

Anzeigen.

\* Arbeitsmarkt.

Güthige Figuren-Maler

finden bei hohem Lohn dauernde Stellung bei Otto Simon, Petersdorf, Riesengebirge.

Amflicher Theil.

\* Verzeichniß aufgenommenener und ausgeschiedener Mitglieder.

A. Aufgenommene Mitglieder.

1) In den Gewerbeverein und die Kranken- und Begräbniskasse wurden aufgenommen:

a) unter dem 22. Oktober 1887: Altwasser: S. Fente (vom Militär zurück);  
 b) unter dem 12. November 1887: Manebach: K. Schramm, H. Schmidt, K. Heyn;  
 c) unter dem 19. November 1887: Dresden-Neustadt: H. Kessler; Gotha: C. Girtl, B. Schowineh, H. Dehne, C. Weigang, C. Wandrowek, F. Klemm, C. Köhner; Selb: L. Meier, S. Nachbar, G. Rapp; Rudolstadt-Volkstedt: S. Fiob, C. Schmidt, M. König;

d) unter dem 26. November 1887: Stanowitz: R. Müßig, A. Seidel, W. Rosemann, P. Brandt, P. Schmidt; Altwasser: S. Grandte, P. Wielsch, G. Reinsch, H. Fischer, A. Gerlach, S. Gerstmann, P. Grüner; Annaburg: L. Postolnik; Sorgan: P. Dierig; Sighendorf: A. Höhle (vom Militär zurück).

2) In den Gewerbeverein und die Zuschuss-Kranken- und Begräbniskasse wurden aufgenommen:

a) unter dem 5. November 1887: Blankenhain: R. Günzling, C. Helmrich;  
 b) unter dem 12. November 1887: Königszelt: M. Anlauf;  
 c) unter dem 19. November 1887: Rudolstadt-Volkstedt: G. Müller;  
 d) unter dem 26. November 1887: Althaldenleben: F. Görting, A. Böter; Stanowitz: H. Gründler.

3) In die Kranken- und Begräbniskasse wurde unter dem 19. November 1887 aufgenommen:

Rudolstadt-Volkstedt: B. Bauer.

4) In den Gewerbeverein wurden aufgenommen (als Tag der Aufnahme gilt der Tag der Meldung):

Schreibershausen: W. Mebig; Sighendorf: B. Kleinbeck. Von der Kranken- und Begräbniskasse in die Zuschuss-Kranken- und Begräbniskasse ist übergetreten: Schramberg: Hug.

Das Mitglied B. Linke, welches in Nr. 46 d. Bl. von Rudolstadt abgemeldet worden ist, weil auf Reisen gegangen, hat sich in Moabit ordnungsgemäß gemeldet und verbleibt in seinen alten Rechten.

Zur Berichtigung: Das in Nr. 46 d. Bl. von Selb aufgenommene Mitglied A. du Bellier ist nicht in die Zuschuss-Kranken- und Begräbniskasse, sondern in die Kranken- und Begräbniskasse aufgenommen worden.

B. Ausgeschiedene Mitglieder.

1) Aus Gewerbeverein und Kranken- und Begräbniskasse: Rudolstadt-Volkstedt: D. Proschold, C. Windorf; Raghütte: C. Stengel, S. Hornlein; Sühr: F. Hohl (gest.).

2) Aus Gewerbeverein und Zuschuss-Kranken- und Begräbniskasse: Schreiberbach: C. Warburger, B. Kritz; Sorgan: Barisch.

3) Aus dem Gewerbeverein: Waldsassen: C. Modes, A. Flügel, G. Schilling; Selb: F. Köhring;